



Rechtsextreme in Kommunalvertretungen – Was können DemokratInnen tun?

Geschäftsstelle
Benzstr.11/12
14482 Potsdam

Hinweise des Mobilen Beratungsteams Brandenburg
(überarbeitete Fassung vom 3. Juni 2014)

Tel: 0331 740 6246
Fax: 0331 740 6247
geschaeftsstelle@big-demos.de

Bei den Brandenburgischen Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 sind erneut VertreterInnen der NPD in Kommunalvertretungen gewählt worden.

Einige Kommunalvertretungen haben im Umgang mit rechtsextremen VertreterInnen schon in den letzten Wahlperioden Erfahrungen gemacht, für andere stellt dies eine neue Situation dar. So stehen wiederum viele demokratische Kreistagsabgeordnete, Stadtverordnete und GemeindevertreterInnen vor der Frage, wie sie sich zu dieser Herausforderung verhalten können.

Gespräche über eigene Befürchtungen, Ideenaustausch, Diskussionen und schließlich die Entwicklung von gemeinsamen Strategien sind deshalb für die VertreterInnen der demokratischen Parteien hilfreich und wohl unerlässlich.

Die Wochen zwischen Kommunalwahl und den konstituierenden Sitzungen der Kommunalvertretungen sollten für Klärungsprozesse und -gespräche genutzt werden. Im Folgenden sind dazu einige wichtige Gesichtspunkte zusammengestellt.

Für einen darüber hinausgehenden Gedankenaustausch und die Beratung bei der Entwicklung von konkreten Strategien stehen Ihnen die regional zuständigen BeraterInnen des Mobilen Beratungsteams des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung gerne zur Verfügung. (Kontaktinformation am Schluss).

Allgemeine Gesichtspunkte

Als DemokratIn sollte man sich der rechtsextremen Herausforderung stellen, aber wie das konkret geschehen kann, müssen die Akteure jeweils für ihre Gemeinde, für ihre Stadt und für ihren Landkreis im Einzelnen diskutieren. Im Umgang mit Rechtsextremen in Kommunalvertretungen gibt es – wie auch sonst in der politischen Praxis – kein Patentrezept und nicht „die eine richtige Lösung“.

Die NPD betont selbst immer wieder, dass sie die bestehende pluralistische Gesellschaft und die demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung durch eine Volksgemeinschaft und ein autoritäres Regime ersetzen will.

Rechtsextreme stellen Rechtsstaat und Demokratie in Frage – die Auseinandersetzung mit ihnen muss deshalb rechtsstaatlich und demokratisch erfolgen. In der gültigen Brandenburgischen Kommunalverfassung von 2007 heißt es in § 30 Abs. 2: „Gemeindevertreter dürfen an der Übernahme und Auswirkung ihrer Tätigkeit nicht gehindert oder in ihrem Dienst- und Arbeitsverhältnis benachteiligt werden.“ Es widerspricht den Standards demokratischer Kultur, Familienmitglieder von Rechtsextremen, die selbst nicht politisch aktiv sind, in den politischen Kampf mit einzubeziehen.

Für den jeweils konkreten Umgang mit rechtsextremen MandatsträgerInnen müssen sich die DemokratInnen klar werden über ihre überge-

ordneten Hauptziele und ihre pragmatischen Ziele, über ihre Strategie, über ihre Mittel und Instrumente sowie über die Adressaten ihrer Aktivitäten.

Ziele

An erster Stelle sollte verdeutlicht werden, dass Rechtsextreme die Demokratie ablehnen und angreifen; Rechtsextreme sind Feinde der Demokratie, sie wollen nicht – wie DemokratInnen – eine bessere Demokratie, sondern ein autoritäres System. Rechtsextreme wollen als normale Parteien in den Parlamenten akzeptiert werden. Demokraten sollten diesen Normalisierungsbestrebungen entgegentreten.

Zu den konkreten Handlungszielen können gehören:

- Information und Aufklärung über Ideologie und Strategie der Rechtsextremen,
- Reduzierung der rechtsextremen Stimmenzahl bei der nächsten Wahl,
- Behinderung der außerparlamentarischen Arbeit der Rechtsextremen,
- Skandalisierung der Vertretung von Rechtsextremen in Parlamenten,
- Überzeugung und Abwerbung der rechtsextremen MandatsträgerInnen.

Werden Sie sich über Ihre Ziele klar. Diskutieren Sie mit Ihren BündnispartnerInnen, welchen Zielen Sie Priorität beimessen.

Strategien und Mittel

Drei verschiedene Strategien sind möglich, teilweise können sie kombiniert werden.

I Ignorieren

Mit den Fraktionen und MandatsträgerInnen der extremen Rechten befasst man sich nicht über das rechtlich gebotene Maß hinaus. Inhaltliche Auseinandersetzungen werden nicht geführt.

Symbolische Mittel (Abwenden, Saal verlassen etc). stehen im Vordergrund.

II Einflussbegrenzung

Die Möglichkeiten der Rechtsextremen, sich zu Wort zu melden und Entscheidungen zu beeinflussen werden systematisch reduziert. Es wird versucht, sie aus allen wichtigen Gremien der kommunalen Politik herauszuhalten. Kluges Nutzen der Geschäftsordnungen oder die Änderung von Geschäftsordnungen können verhindern, dass Rechtsextreme wichtige Funktionen übertragen werden. Dazu könnte zum Beispiel gehören:

- Aufmerksamkeit bei der Neugestaltung der Hauptsatzung und/oder Geschäftsordnung des Kreistages oder der Gemeindevertretung: Rechtsextremen keine zusätzlichen Sitze in Gremien und Ausschüssen ermöglichen (Ausschussbesetzung nach d'Hondt).
- Sorgsamkeit bei der Verteilung der Ausschussvorsitze – rechtsextremen MandatsträgerInnen keine wichtigen Ausschussvorsitze zugestehen (Jugend, Soziales usw.).
- Sorgfältige Wahl des Vorsitzes und der Stellvertreter der Gemeindevertretung, da eine erhöhte Kompetenz bei der Vorbereitung der Sitzungen, Aufstellung der Tagesordnung, Umgang mit Störungen und menschenverachtenden Äußerungen usw. erforderlich sein könnte.
- Bewusster Umgang mit Anträgen von rechtsextremen GemeindevertreterInnen: Ablehnen oder in die Ausschüsse verweisen.
- Gemeinsame Stellungnahmen der DemokratInnen zu Anträgen und Anfragen rechtsextremer VolksvertreterInnen.
- Alle Aktivitäten von DemokratInnen, die uneindeutig sind in der Ablehnung der Rechtsextremen oder die sich als Duldung bzw. als Zustimmung interpretieren lassen, werden von den Medien genau beobachtet. Die rechtsextreme Propaganda schlachtet solche Uneindeutigkeiten hemmungslos aus. Vermeiden Sie jede Möglichkeit solcher Instrumentalisierungen.

III Offensive Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Ideologie

DemokratInnen setzen sich aktiv mit der Argumentationslogik und den Positionen der extremen Rechten auseinander und kritisieren deren Diskussionsbeiträge und Anträge auf der inhaltlichen Ebene.

Die inhaltliche Kritik rechtsextremer Diskussionsbeiträge und Anträge hat dann relativ leichtes Spiel, wenn die zugrunde liegende völkische Ideologie und die Feindschaft zur rechtsstaatlichen Demokratie unverhohlen vorgetragen werden.

Mehr Aufwand ist erforderlich, wenn ein Vorschlag auf den ersten Blick sachorientiert wirkt und erst die gründliche Kenntnis seiner Begründung zeigt, dass die vorgeschlagene Neuregelung nicht der Ortsbevölkerung, sondern nur denjenigen zugute kommen soll, die die NPD zum „deutschen Volk“ rechnet. Schließlich wird man es mit Anträgen zu tun haben, die an der Oberfläche wie in der Tiefe nicht ideologisch formuliert sind. An ihnen kann verdeutlicht werden, dass die Mitwirkung in den kommunalen Vertretungsorganen für Rechtsextreme Mittel zum Zweck ist. Nicht eine sachorientierte Bearbeitung der anstehenden Entscheidungen, sondern die Systemveränderung motiviert letztlich ihre Aktivitäten.

Die argumentativ ausgeführte Grundsatzkritik rechtsextremer Ideologie kann mit symbolischem Handeln kombiniert werden. Ein sachlich gerechtfertigter Antrag von Rechtsextremen kann mit der Begründung abgelehnt werden, dass man keine gemeinsame Sache mit den erklärten Feinden der Demokratie machen will. Er kann anschließend von einer der demokratischen Fraktionen erneut eingebracht werden.

Alle Strategien setzen eine gute Verständigung unter den demokratischen Fraktionen sowie eine gute überparteiliche Zusammenarbeit voraus. Sprechen Sie mit den anderen demokratischen Fraktionen und stellen Sie eine strategische Geschlossenheit mit allen anderen VolksvertreterInnen her.

Optimal wäre ein Minimalkonsens im Umgang mit den Rechtsextremen. Suchen Sie die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen außerhalb des Parlamentes.

Adressaten

Die unmittelbaren Adressaten in den Kommunalparlamenten sind die Rechtsextremen. Die eigentlichen Adressaten sind aber die WählerInnen, die Öffentlichkeit und die Medien.

Achten Sie darauf, die Beiträge der DemokratInnen auf die jeweiligen Adressaten zuzuschneiden. Versorgen Sie zum Beispiel die Medien mit Presseerklärungen.

Inhaltliche Vorbereitung

Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremen in Parlamenten erfordert eine inhaltliche Vorbereitung. Dabei kann man auf die Erfahrungen der letzten Jahre zurückgreifen. Wir haben deshalb unten Weblinks zusammengestellt, die zu Beiträgen mit einer grundsätzlichen Kritik rechtsextremer Ordnungsvorstellungen führen und zu solchen, die sich mit dem Verhalten von Rechtsextremen in Parlamenten und Handlungsoptionen der DemokratInnen befassen. Wir selbst haben uns bei der Zusammenstellung dieser Hinweise auf die Publikationen von Katharina Beier u.a. sowie von Benno Hafener und Sven Schönfelder gestützt.

Weiterführendes Material

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (Hg.): **Argumente 2014. Eine Entgegnung auf Materialien der NPD anlässlich der Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2014 im Land Brandenburg.** Für Kandidaten und Funktionsträger demokratischer Parteien. Potsdam 2014.

http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/MMZ_Argumente_Gesamtmontage.pdf

Vera Henßler und Ulrich Overdieck: **Vor Ort entscheidet.** Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus. Berlin: FES, VDK 2014.

<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10611.pdf>

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen und NiP Redaktionskollektiv: **Nazis in Kommunalparlamenten.** Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen. Erfurt 2011.

http://www.boell.de/sites/default/files/studie_nip_hbs_web.pdf

Susanne Kschenka und Anett Müller: **Rechtsextreme Parteien und ihre Vertreter in der Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte in Brandenburg.** In: Dirk Wilking und Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke III. Ein Werkstattbuch, Potsdam: demos 2010, S. 141-174.

<http://www.gemeinwesenberatung-demos.de/MaterialfuerdiePraxis/Einblicke3>

Benno Hafener und Sven Schönfelder: **Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten.** Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Berlin: FES 2007.

<http://library.fes.de/pdf-files/do/05021.pdf>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (Hg.): **„Kampf um die Rathäuser“.** Berliner Kommunalpolitik zwischen rechtsextremer Normalisierungsstrategie und demokratischem Handeln. Berlin: MBR 2007.

http://bv.vdk-berlin.de/assets/22/2007_MBR_HR_Kampf-um-die-Rathäuser_Web.pdf

Katharina Beier u.a.: **Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns.** Greifswald: Steinbecker 2006.

http://www.hubertus-buchstein.de/Die_NPD_in_den_kommunalen_Parlamenten_Mecklenburg-Vorpommerns.pdf

Jörg Bogumil und Lars Holtkamp: **Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung.** Eine praxisorientierte Einführung. Bonn: BPB 2013.

<http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/156902/kommunalpolitik-und-kommunalverwaltung>

Bundeszentrale für politische Bildung: **Aus Politik und Zeitgeschichte,** Heft 8/9, 2011 (Kommunalpolitik).

<http://www.bpb.de/apuz/33476/kommunalpolitik>

Kontakt zu den Mobilien Beratungsteams in Brandenburg

Mobiles Beratungsteam Angermünde

Berliner Str. 77, 16278 Angermünde
Jürgen Lorenz, Tel.: 0172 396 1036
Karin Lorenz, Tel.: 0173 872 3364
Tel.: 03331 299 980, Fax: 03331 299 981
mbt-angermuende@big-demos.de

Mobiles Beratungsteam Cottbus

Friedensplatz 6, 03051 Cottbus
Susanne Kschenka, Tel.: 0170 525 5991
Daniel Krüger, Tel.: 0171 535 6646
Tel.: 0355 430 2441, Fax: 0355 499 3750
mbt-cottbus@big-demos.de

Mobiles Beratungsteam Frankfurt (Oder)

Postfach 1344, 15203 Frankfurt (Oder)
Büro: Wiekestr. 1a, 15230 Frankfurt (Oder)
Ray Kokoschko, Tel.: 0172 326 2233
Robin Kendon, Tel.: 0177 411 6130
Tel.: 0335 500 9664, Fax: 0335 500 9665
mbt-ff@big-demos.de

Mobiles Beratungsteam Neuruppin

Rudolf-Breitscheid-Str. 38, 16816 Neuruppin
Gabriele Schlamann, Tel.: 0173 632 6919
Nico Scuteri, Tel.: 0170 543 5063
Tel.: 03391 359 189, Fax: 03391 659 332
mbt-neuruppin@big-demos.de

Mobiles Beratungsteam Potsdam

Am Kanal 49, 14467 Potsdam
Frauke Postel, Tel.: 0173 977 2915
Markus Klein, Tel.: 0163 881 5574
Tel.: 0331 505 8883, Fax: 0331 505 8884
mbt-potsdam@big-demos.de

Mobiles Beratungsteam Trebbin

Bahnhofstr. 44, 14959 Trebbin
David Driese, Tel.: 0176 2099 5006
Andrea Nienhuisen, Tel.: 0172 607 6914
Tel.: 033731 32909, Fax: 033731 32908
mbt-trebbin@big-demos.de